



HESSISCHER LANDTAG

24. 01. 2023

Plenum

Dringlicher Antrag

Fraktion DIE LINKE

Eine hochwertige und wohnortnahe Gesundheitsversorgung in Hessen braucht eine qualitative Planung und ausreichende Landesfinanzierung zur Verhinderung eines kalten Strukturwandels

I. Der Landtag stellt fest:

1. Eine für alle Menschen sichergestellte Gesundheitsversorgung ist elementarer Bestandteil der öffentlichen Daseinsvorsorge.
2. Eine wohnortnahe und qualitativ hochwertige Gesundheitsversorgung ist in Hessen im ambulanten wie auch im stationären Sektor zunehmend gefährdet.
3. Die Hessische Landesregierung trifft bisher keine angemessenen Vorkehrungen, um in der aktuellen Notsituation einem kalten Strukturwandel mit Stations- und Klinikschließungen und einer wegbrechenden ambulanten Versorgung wirksam zu begegnen.

II. Der Landtag fordert die Landesregierung auf,

1. den in der Regierungserklärung des Ministerpräsidenten Boris Rhein am 7. Juni 2022 für „zeitnah“ angekündigten Krankenhausgipfel endlich einzuberufen und als Auftakt zu einem dringend erforderlichen Planungs- und Strukturprozess in der Gesundheitsversorgung anzulegen.
2. für Hessen ein wissenschaftliches Gutachten zu beauftragen, welches eine Gesundheitsplanung unter qualitativ-medizinischen und versorgungssichernden Gesichtspunkten vorbereitet. Dabei sollen unter anderem
 - a) angemessene Personalmindestausstattungen für alle medizinischen Berufsgruppen im stationären Bereich,
 - b) eine flächendeckende Versorgung mit gestuften ambulanten, intersektoralen und stationären medizinischen und pflegerischen Angeboten in ganz Hessen,
 - c) die Sicherstellung der seit Jahren durch massive Ausdünnung bedrohten geburts-hilflichen und pädiatrischen Stationen als flächendeckende Angebote garantiert sowie
 - d) die zeitnahe Erreichbarkeit grundversorgender stationärer oder intersektoraler Angebote mit verschiedenen Verkehrsträgern, insbesondere dem ÖPNV, innerhalb von 30 Minuten sichergestellt werden.
3. auf Basis dieses Gutachtens eine Bedarfsplanung für Hessen zu entwickeln, die die genannten Qualitätskriterien und die Situation der Beschäftigten vor Ort berücksichtigt. Dafür sind die regionalen Gesundheitskonferenzen zu stärken. Die Qualitätskriterien und Ergebnisse des Gutachtens sollen als Grundlage für einen planerischen Prozess in den sechs Gesundheitsregionen Hessens genutzt werden, um – unter Einbeziehung aller relevanten Akteurinnen und Akteure der ambulanten und stationären Versorgung, der Kommunen, der Beschäftigten- und Patientenvertreterinnen und -vertreter – eine wohnortnahe und qualitativ hochwertige Versorgung aller Menschen in Hessen sicherzustellen.
4. die Investitionskosten der Krankenhäuser sofort vollständig aus originären Landesmitteln zu finanzieren und zusätzlich ein Landessanierungsprogramm zur Senkung der Energiekosten der Kliniken aufzulegen.

5. einen Landesfonds zur Unterstützung der hessischen Kommunen bei der Rekommunalisierung von Kliniken in Hessen aufzulegen.
6. in Orientierung an dem „Rechtsgutachten zu den rechtlichen Möglichkeiten einer Rücküberführung des Universitätsklinikums Gießen und Marburg in öffentliches Eigentum“ von Prof. Dr. Joachim Wieland einen Gesetzentwurf zur Vergesellschaftung des Universitätsklinikums Gießen und Marburg gemäß Art. 15 GG vorzulegen.

Begründung:

Erfolgt mündlich.

Wiesbaden, 24. Januar 2023

Der Fraktionsvorsitzende:
Jan Schalauske